

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XV

## Kapitel 1 Einleitung

<i>A. Einleitung .....</i>	1
I. Untersuchungsgegenstand .....	1
II. Inhalt und Gang der Untersuchung .....	5
<i>B. Identifikation eines potenziellen Zielkonflikts .....</i>	9
I. Vorüberlegung .....	9
II. Der Schutz des Wettbewerbs im Unionsrecht .....	10
1. „Wettbewerbsschutz“ als Zielbestimmung der EU-Verträge .....	10
2. Wettbewerbskonzept des Unionskartellrechts .....	12
a) Wettbewerbskonzept des Gerichtshofs der Europäischen Union .....	13
b) Wettbewerbskonzept der Europäischen Kommission .....	18
3. Zusammenfassung .....	21
III. Gesellschaftsrechtliche Ziele der Lehre vom fehlerhaften Verband .....	22
1. Einführung .....	22
2. Die (nationale) Lehre vom fehlerhaften Verband .....	23
a) Vorüberlegung: Keine kartellrechtlich gebotene Differenzierung zwischen anfänglicher und nachträglicher Mangelhaftigkeit .....	24
b) Überblick und dogmatische Grundlage .....	26
c) Entwicklung der kapitalgesellschaftsrechtlichen Bestands-wahrung .....	28
d) Rezeption im Recht der Personengesellschaften .....	33
e) Zusammenfassung .....	37
IV. Ergebnis: Bestehen eines potenziellen Zielkonflikts .....	38

<i>C. Exemplarischer Anwendungsfall: Gemeinschaftsunternehmen .....</i>	38
I. Gemeinschaftsunternehmen .....	38
II. Wettbewerbliche Risiken von Gemeinschaftsunternehmen .....	41
1. Einführung .....	41
2. Konkretisierung: Die Sektoruntersuchungen Walzaspalt und Zement und Transportbeton des Bundeskartellamts .....	43
III. Die kartellverfahrensrechtliche Prüfung von Gemeinschafts- unternehmen .....	48
1. Gemeinschaftsunternehmen als (materiell-rechtlicher) Anwendungsfall von Art. 101 Abs. 1 AEUV .....	48
2. Das (verfahrensrechtliche) Alternativverhältnis von VO 1/2003 und FKVO .....	50
3. Verfahrensrechtliche Unabhängigkeit der zivilrechtlichen Wirkung von Art. 101 Abs. 2 AEUV .....	56
IV. Zusammenfassung .....	62

## Kapitel 2

### Unionskartellrechtlicher Rechtsrahmen

<i>A. Rechtsfolgenbestimmung bei unionsrechtlichem Kartellverbotsverstoß ..</i>	63
I. Einleitung .....	63
II. Vorüberlegung: Lehre vom fehlerhaften Verband als nationale Rechtsfolge .....	64
III. Bestimmung der Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das europäische Kartellverbot .....	65
IV. Berücksichtigung weiteren Unionsrechts bei der Kartellrechts- anwendung .....	70
1. Die (primärrechtliche) Geltung allgemeiner Rechtsgrundsätze des Unionsrechts .....	72
2. Entwicklung der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Unionsrechts ....	74
3. Erforderlichkeit der Berücksichtigung der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Unionsrechts .....	76
V. Zusammenfassung .....	77
<i>B. Rechtsfolgenbestimmung bei unionskartellverbotswidrigen     Gesellschaftsverträgen .....</i>	78
I. Einleitung .....	78
II. Voraussetzung: Gesamtnichtigkeit von Gesellschaftsverträgen (gegenständliche Reichweite der Nichtigkeit nach Art. 101 Abs. 2 AEUV) .....	79

1. Hintergrund: Kartellverbotsrechtliche Gesamtnichtigkeit von Verträgen .....	79
2. Gesamtnichtigkeit von Gesellschaftsverträgen .....	82
<b>III. Materielle Reichweite und Funktionen der Nichtigkeit nach Art. 101 Abs. 2 AEUV .....</b>	<b>85</b>
1. Vorab: Dogmatik zur Bestimmung der materiellen Reichweite der Nichtigkeit nach Art. 101 Abs. 2 AEUV .....	86
2. Art. 101 Abs. 2 AEUV als grundsätzlicher Ausschluss der gesellschaftsrechtlichen Bestandswahrung? .....	88

### Kapitel 3 Kartellverbotswidrige Gesellschaften

<b>A. Kartellverbotswidrige Kapitalgesellschaften .....</b>	<b>91</b>
I. Grundsatz: Kapitalgesellschaftsrechtliche Bestandswahrung im Europäischen Gesellschaftsrecht und deren Umsetzung in Deutschland .....	92
1. Vorab: Das Europäische Gesellschaftsrecht .....	92
2. Kapitalgesellschaftsrechtliche Bestandswahrung im Europäischen Gesellschaftsrecht .....	93
a) Hintergrund: Entstehung der konsolidierenden GesellschaftsRRL .....	93
b) Die publizitätsbezogenen Regelungen der GesellschaftsRRL .....	95
3. Umsetzung und Konkretisierung im nationalen Kapitalgesellschaftsrecht .....	96
II. Übertragbarkeit auf gemäß Art. 101 Abs. 2 AEUV nötige Kapitalgesellschaften .....	99
1. Keine Bereichsausnahme der bestandswahrenden Vorgaben der GesellschaftsRRL für kartellrechtswidrige Gesellschaften .....	102
2. Das materielle Verhältnis zwischen Art. 101 Abs. 2 AEUV und der GesellschaftsRRL sowie die Bedeutung für das nationale Recht ....	104
a) Ausgangspunkt: (Eingeschränkter) Unionsrechtlicher Prüfungsmaßstab .....	105
b) Die vorläufigen Bestandswahrung von Kapitalgesellschaften ..	107
aa) Keine Primärrechtliche Legitimierung auf Grundlage der Grundsätze des Vertrauensschutzes/der Rechtssicherheit ...	107
(1) Die allgemeinen Grundsätze des Vertrauensschutzes/ der Rechtssicherheit als (unpassende) Grundlage der kapitalgesellschaftsrechtlichen Bestandswahrung .....	108
(2) Privatrechtliches Verständnis .....	111

bb) Primärrechtliche Legitimierung auf Grundlage der Niederlassungsfreiheit .....	113
(1) Vorab: Gesellschaftsrechtliches Trennungsprinzip als Hintergrund der bestandswahrenden Regelungen in der GesellschaftsRRL .....	114
(2) Die von der GesellschaftsRRL angeordnete Bestandswahrung im Lichte der Niederlassungsfreiheit .....	116
cc) Zwischenergebnis zur vorläufigen Bestandswahrung .....	120
c) Die Einschränkung der Nichtigkeits- bzw. Auflösungsgründe ..	121
aa) Beschränkte Auflösungsmöglichkeit bei (unionsrechtlichem) Kartellverbotsverstoß .....	122
bb) Entgegenstehen der unionskartellrechtlichen Nichtigkeit ...	125
cc) Folge: Primärrechtskonforme Auslegung von Art. 11 S. 1 lit. b), S. 2 GesellschaftsRRL .....	128
dd) Bedeutung für die Anwendung des nationalen Rechts .....	130
(1) Klage auf Feststellung der materiellen Nichtigkeit .....	132
(2) Löschung der Gesellschaft durch das Registergericht ..	133
(3) Gefahrenabwehrrechtliche Auflösung der Gesellschaft durch die Verwaltungsbehörde .....	136
(4) Zivilrechtliche Auflösungsmöglichkeiten außerhalb der Nichtigkeitsklage .....	141
(5) Zusammenfassung und Schlussfolgerung für die Anwendung des nationalen Rechts .....	142
3. Ergänzung: Heilung der Nichtigkeit und Begrenzung der Frist zur Erhebung einer Nichtigkeitsklage .....	145
a) Heilung von Mängeln der Satzung/des Gesellschaftsvertrags ...	145
aa) Heilungsmöglichkeit bei kartellverbotswidrigem Unternehmensgegenstand, § 276 AktG und § 76 GmbHG .....	146
bb) Exkurs: Erweiterte Heilungsmöglichkeit für kartellverbotswidrige Kapitalgesellschaften .....	148
cc) Aufforderung zur Heilung von heilbaren Satzungsmängeln, § 275 Abs. 2 AktG .....	150
b) Verfristung, § 275 Abs. 3 S. 1 AktG .....	151
4. Zusammenfassung: Unionskartellrechtliche Nichtigkeitsklage und Folgen für die nationale Rechtsanwendung .....	153
<i>B. Kartellverbotswidrige Personengesellschaften</i> .....	157
I. Unionsrechtlicher Rechtsrahmen .....	157
1. Keine rechtsformübergreifende Lehre vom fehlerhaften Verband auf Grundlage der GesellschaftsRRL .....	158
a) Personengesellschaften im Anwendungsbereich der GesellschaftsRRL? .....	158

b) Die GesellschaftsRRL als Grundlage bzw. Ausprägung eines allgemeinen Grundsatzes gesellschaftsrechtlicher Bestandswahrung? .....	162
c) Zusammenfassung und Schlussfolgerung .....	165
2. Keine Lehre vom fehlerhaften Verband in der EuGH-Judikatur .....	166
a) Vorüberlegung .....	166
b) Die E. Friz-Entscheidung des EuGH .....	170
c) Konkretisierende Aussagen des EuGH im Rahmen der Entscheidung Hirmann .....	173
d) Interpretation der Aussagen des EuGH .....	175
e) Zwischenergebnis .....	176
II. Die Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft bei einem Kartellverbotsverstoß in der nationalen Rechtspraxis .....	177
1. Ausschluss der nationalen Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft bei (kartell-)verbotswidrigen Personengesellschaften? .....	177
a) Nationale Rechtsprechungspraxis .....	180
b) Exkurs und Ergänzung: Rechtsfolgenbetrachtung in den Sektoruntersuchungen Walzaspalt sowie Zement und Transportbeton .....	187
c) Rezeption in der Literatur und Diskussion .....	191
aa) Vorab: Bedeutung der Entwicklung der Rechtsprechungspraxis .....	191
bb) Weitgehende Zustimmung in der Literatur .....	193
cc) Gegenansicht: Vergleichende Betrachtung mit dem Kapitalgesellschaftsrecht .....	199
d) Nationales Ergebnis für die Rechtsfolgenbestimmung bei Verstößen gegen Art. 101 Abs. 1 AEUV .....	204
2. (Kein) Entgegenstehen der von Art. 101 Abs. 1 AEUV geschützten und durch Art. 101 Abs. 2 AEUV abgesicherten Interessen .....	208
a) Repressive Funktion der Nichtigkeit .....	209
aa) Der bloße Übergang in ein Abwicklungsverfahren .....	211
bb) Das Erfordernis der Einleitung des Abwicklungsverfahrens durch die Gesellschafter .....	214
(1) Unmittelbare Einwirkungsmöglichkeiten auf den Bestand kartellverbotswidriger Gesellschaften .....	215
(2) Mittelbare Einwirkungsmöglichkeiten auf den Bestand kartellverbotswidriger (Personen-)Gesellschaften .....	220
(3) Zusammenfassung .....	221
b) Präventive Nichtigkeitsfunktion .....	222
c) Ergebnis .....	224

Kapitel 4  
Ergebnis und Thesen

<i>A. Ergebnis .....</i>	225
<i>B. Zusammenfassende Thesen .....</i>	226
<i>Literaturverzeichnis.....</i>	233
<i>Sachregister.....</i>	247